

Frank Gundel
BIBS Ratsherr
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181
frank.gundel@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 17. Februar 2009

Redebeitrag Ratssitzung 17.02.2009
TOP 18
Stiftung Residenzschloss Braunschweig

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bei der Entscheidung über die ‚Stiftung‘ geht es nicht um den städtischen Anteil an dem Grundkapital von 30.000 Euro an der Förderstiftung.

Schon gar nicht geht es darum, wie der Kulturdezernent im Kulturausschuss Glauben machen wollte, 15 T€ Stiftungskapital von Herrn Borek einzusammeln, die man andernfalls nicht bekommen würde.

Es geht eindeutig um den späteren Betrieb des ‚Schloss‘-Museums, wie Herr Sehart in der BZ heute zitiert wird. Herr Pesditschek sagte es noch deutlicher: es geht um die „Gründung eines Trägervereins für das ‚Schloss‘-Museum. Dass hier nur die Einstiegs-, sprich ‚Förderstiftung‘ zur Entscheidung vorgelegt wird, ist wohl auf den Schreck zurückzuführen, den selbst die Kollegen von CDU bei der Vorlage der Details der Trägerstiftung im Finanz- und Personalausschuss angesichts der Höhe der auf die Stadt zu kommenden Kosten bekommen haben. Die sogenannte Überarbeitung der Vorlage, der man seitens CDU, SPD und FDP jetzt zustimmen kann, besteht darin, dass man die Trägerstiftung jetzt außen vorlässt!

Nach Rückfrage an die Verwaltung ist aber das Papier zur ‚Trägerstiftung‘ weder zurück gezogen, noch sollten wir damit rechnen, dass es wesentliche Änderungen daran geben wird.

Wir entscheiden heute über einen Einstieg, der zwangsläufig zu der bereits vorgestellten Trägerstiftung führt, mit der die Stadt dann die gesamten Betriebskosten des Museums von ca. 300.000 Euro pro Jahr übernimmt. Angesichts der Mietzeit von noch 27 Jahren eine 8 Mio. Euro Entscheidung, und dies ohne dass es nach 3 Jahren Diskussion überhaupt ein Konzept für das Museum gibt.

Nachdem es zur Kommunalwahl noch hieß: „kein Cent städtischen Geldes ins Schloss“, ist es nun völlig unakzeptabel, wie mit dieser Vorlage jetzt die dickste

aller Salami-Scheiben für das ‚Schloss‘ aus dem städtischen Haushalt herausgeschnitten werden soll.

Ich will hier nicht die Diskussion darüber wieder entfachen, was der OB gesagt oder nicht gesagt hat. Auf alle Fälle hat er erfolgreich den besagten Eindruck vermittelt. Und darauf ist auch die Zeitung herein gefallen – oder sie hat mitgespielt, denn diese schreibt am 7. Oktober 2006 unter der Unter-Überschrift ‚Keine Haushaltsmittel‘: Haushaltsmittel für die museale und historische Ausgestaltung der Räume stehen der Stadt nicht zur Verfügung. OB Gert Hoffmann freut sich deshalb, dass die drei Stiftungen einspringen... der OB erwähnt im Weiteren, dass wohl 2007 HH-Gelder für die Erstellung der Räume bereit gestellt werden könnten, in keinem Fall aber handele es sich „um Millionen“...und am Ende heißt es. „Dieses Schloss-Museum steht im Mittelpunkt des Interesses der Stiftungen“:

Gegen den Einsatz der Stiftung ist ja im Prinzip nicht zu sagen, wobei bei dem Einsatz von Stiftungsgeldern ein allgemeines öffentliches Interesse – auch an der andernfalls alternativen Verwendung dieser Geldern nicht außer Acht gelassen werden sollte, den schließlich handelt es sich um nicht versteuerte Erträge.

Die Frage ist aber jetzt zu stellen nach dem Verhältnis der Leistung der Borek-Stiftung zu dem, was auf die Stadt zukommt.

Ich möchte dieses Zusammenspiel einmal zeitgemäß mit einer BOB-Fahrt vergleichen: Herr Borek als Anschieber macht mit dem Anschieben eine wichtigen, aner kennenswerten Job. Danach hält er sich zurück. Die Stadt sitzt am Steuer und hat die ganze Verantwortung dafür, dass das Projekt nicht gegen die Wand fährt.

Zu sagen haben wir, der Rat und die Gremien, dann aber gar nichts mehr. Bestimmen wird ‚auf ewig‘ nur ein Dreier-Gremium, bestehend aus dem Kulturdezernenten und 2 Stiftungsvorständen.

Die BIBS lehnt die Vorlage ab, da sie der Einstieg ist in ein vom Konzept her nach wie vor unbekanntes Museum, dessen Finanzierung auf hohen und lang laufenden Verpflichtungen für den öffentlichen Haushalt basiert - bei 27 Jahren Rest-Mietlaufzeit reden wir von mehr als 8 Mio. Euro -, und dies ohne jede zukünftige Kontrollmöglichkeit durch den Rat und/oder seine Organe.

Frank Gundel
BIBS-Ratsherr